

V0158/23

Finanzsituation Klinikum

-Dringlichkeitsantrag der FW-Stadtratsfraktion vom 13.02.2023-

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 15.02.2023

Bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie habe man beim Klinikum schwarze Zahlen geschrieben, führt Oberbürgermeister Dr. Scharpf aus. Seitdem habe sich dies sehr verändert. So liege man derzeit immer noch 15 % unter den Fallzahlen-Niveau vor Corona, was niedrige Erlöse zur Folge habe. Gleichzeitig gebe es auf allen Ebenen enorme Kostensteigerungen, angefangen bei den Energiepreisen über Materialkosten, bis hin zu Personalkosten. Bereits letztes Jahr hätten sich die Zahlen in Richtung eines Defizits entwickelt, erklärt er. Zwar stehe der Abschluss noch nicht ganz fest, jedoch rechne man für das Jahr 2022 mit 13 Mio. Euro Defizit. Des Weiteren bestehe die Situation, dass der zum 01.01.2023 in Kraft getretene ambulante Leistungskatalog noch viele Unklarheiten enthalte und man deshalb noch nicht bei allen Leistungen wisse, was nun ambulant sei und wie dies verrechnet werden solle. Deswegen habe man in der Dezembersitzung des Aufsichtsrats noch keinen Wirtschaftsplan aufstellen können, sondern habe mit insgesamt sechs Szenarien, von -5 % bis -25 % Erlöse, gerechnet. Das Best-Case-Szenario sei für das Jahr 2023 20 Mio. Euro Defizit mit 5 % Lohnkostensteigerungen eingerechnet. Jedoch könne man davon ausgehen, dass es nicht bei 5 % bleiben wird, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Das Worst-Case-Szenario bei -25 % bedeute 68 Mio. Euro Defizit, wobei es unwahrscheinlich sei, dass dies so eintreten werde. Aktuell liege man bei -15 % und im gestrigen Aufsichtsrat habe man gehört, dass es eine leicht positive Tendenz der Verbesserung der Fallzahlen gebe. Aber auch 20 – 25 Mio. Euro Defizit seien zu viel. Allerdings seien viele andere Krankenhäuser ebenso von diesem Problem betroffen und die Vorschläge, die die Expertenkommission der Bundesregierung vorgelegt hat, seien nun die Diskussionsgrundlage für die Gespräche zwischen dem Bund und den Ländern. Grundsätzlich würden die Vorschläge, wie z. B. die stärkere Ambulantisierung und die Stärkung von größeren Krankenhäusern, in die richtige Richtung gehen, jedoch können diese Dinge nicht sofort umgesetzt werden. Schließlich müsse man die Voraussetzungen erstmal schaffen und die Strukturen anpassen, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Letzte Woche habe ihn der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages angefragt, ob Oberbürgermeister Dr. Scharpf bereit wäre, neben dem Rosenheimer Oberbürgermeister, als Vertreter der Kommunen bei einer Pressekonferenz bei der sich der Städtetag der Sache angenommen habe, teilzunehmen. Er habe daran teilgenommen, da der Städtetag sich dafür einsetze, dass diese Reformen nicht auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werden, erklärt er. Bei dieser Pressekonferenz, bei der Vertreter von ca. 15 bayerischen Städten eingeladen waren und von ihren Defiziten berichteten, habe auch er die Ingolstädter Zahlen genannt. In dieser Situation benötige man nun schnelles Handeln u. a. für das Abfedern der Preissteigerungen, was die Materialkosten und die Energiekosten anbelangen. Vom Bund müsse Geld fließen und es dürfe auch nicht bei der strukturellen und dauerhaften Unterfinanzierung der Krankenhäuser bleiben. Deswegen fordere der Städtetag, dass der Ersatz der Vorhaltekosten von aktuellen 20 Prozent, auf mindestens 60 Prozent angehoben werde, um sich von der Finanzierung über die Fallpauschalen zu entfernen. 70 Prozent der Ausgaben des Ingolstädter Klinikums seien Personalkosten und der Fixkostenanteil liege zwischen 80 und 90 Prozent, was wenig Spielraum für eigene Maßnahmen bedeute, erklärt Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Die derzeit geplante Reform werden viele kleine Krankenhäuser nicht überleben, weswegen Ingolstadt als Schwerpunktversorger in der Region hierbei keine Bedenken haben müsse. Allerdings habe man mit Herausforderungen wie baulichen Maßnahmen, wenn kleinere Krankenhäuser umstrukturiert werden müssen, zu kämpfen. Dies sei auch in der gestrigen Aufsichtsratssitzung Thema gewesen. Eine gute

Nachricht sei, dass die Defizite des Ingolstädter Klinikums noch aus Rücklagen finanziert werden können, erklärt er. Die Größenordnung sei bei ca. 50 Mio. Euro, was bedeute, dass 13 Mio. Euro aus dem letzten Jahr und das drohende Defizit von 20 bis 25 Mio. Euro im Jahr 2023 aus den Rücklagen finanziert werden könne. Dann hätte man jedoch nur noch für ein Jahr Spielraum, weswegen es so wichtig sei, dass die Kommunen Druck auf die Bundesländer und auf den Bund machen, damit die Reform nicht auf den Rücken der kommunalen Träger ausgetragen werde.

Stadtrat Wittmann findet, dass die Situation zutreffend geschildert sei und dass der einzige „Trost“ sei, dass man damit nicht alleine dastehe, sondern viele andere Städte davon ebenso betroffen seien. Allein die beiden Krankenhäuser im Landkreis Eichstätt hätten auch 25 Mio. Euro Defizit. Das zeige schon, dass hier dringender Handlungsbedarf bestehe. Jedoch glaubt Stadtrat Wittmann nicht, dass uns der Bund und das Land allein aus dieser Situation heraushelfen. Daher müsse man überlegen, wie man diese auch mit eigener Kraft schaffe. Jedoch dürfe es auf keinen Fall passieren, dass zu Lasten der Patienten, der medizinischen Betreuung oder der Beschaffung medizinischer Geräte, an irgendeiner Stelle eingespart werde, appelliert er. Denn die Versorgung der Bevölkerung im Klinikum habe oberste Priorität und dann kämen erst die anderen Pflichtaufgaben. Außerdem müsse überlegt werden, an welcher Stelle beim seit Jahren angespannten Verwaltungshaushalt auch eingespart werden könne. Gerade in den nächsten Jahren würde enorme Kosten von rund 1 Mrd. Euro für die Generalsanierung des Klinikums aufkommen, von denen die Stadt 30 Prozent tragen müsse.

Im Aufsichtsrat bespreche man z. B. die Anschaffung medizinische Geräte für die Hochleistungsmedizin, die vom Freistaat nicht erstattet werde, antwortet Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf Stadtrat Wittmanns Wortbeitrag. Dieses Geld nehme man für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in die Hand. Bei der angesprochenen Generalsanierung sei der alte Stand vor Corona und vor den Baukostensteigerungen hinsichtlich des Gesamtvolumens bei ca. 750 Mio. Euro gewesen. Wahrscheinlich werden sich diese nun auf ca. 1 Mrd. Euro belaufen, stimmt er Stadtrat Wittmann zu. Wenn der Freistaat Bayern davon nun 60 Prozent der Kosten zahle, könne der Rest trotzdem nicht vom Träger übernommen werden. Wahrscheinlich sei der Zweckverband dann aufgerufen, entsprechende Darlehen dafür aufzunehmen, überlegt er.

Die gesamte Krankenhauslandschaft stehe vor riesigen Herausforderungen, stellt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fest. Die Generalsanierung, die Betriebskosten und vieles andere müsse man weiterhin beobachten. Die stetige und optimale Gewährleistung der Gesundheitsversorgung der Menschen stehe außerhalb jeder Diskussion. Trotz der Ungewissheit, die mit den künftigen Reformen verbunden sei, müsse man auch bei der regionalen Zusammenarbeit in den nächsten Monaten weiter vorankommen. Die Gesundheitsversorgung sei zwar ein zentraler Punkt, nichtsdestotrotz müsse auch im Einzelnen die richtige Balance zwischen den Pflichtaufgaben und den freiwilligen Aufgaben gefunden werden. Trotzdem habe Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll durch die vorige Darlegung der Zahlen Hoffnung.

Man dürfe trotzdem nicht vergessen, dass sich das Klinikum an sich weiterhin positiv entwickle, merkt Stadtrat Schäuble an. Auch wenn es paradox klinge, verbessere sich die Arbeitersituation stetig, man konnte exzellente Ärzte dazugewinnen und habe im Bereich der Geräte sehr viel investiert, ohne auf jeden Cent zuschauen, sondern mit Augenmerk auf die Gesundheit, hebt er hervor. Wenn man dieses beachtliche Defizit einordne, sei das Klinikum Ingolstadt im Verhältnis zu vielen anderen Krankenhäusern sehr gut geführt und stehe verhältnismäßig noch gut dar. Trotzdem müsse man überlegen, wie es weitergehen solle. Er stimmt Stadtrat Wittmann zu, dass es nicht nochmal so einen Geldsegen wie mit den Corona-Ausgleichszahlungen geben werde. Die gesamte finanzielle Situation der Gebietskörperschaften sei schwierig und man müsse alle Möglichkeiten nutzen, das Klinikum trotzdem weiterzuentwickeln, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Er sei dankbar, dass alle

an einem Strang zögen, dass das Klinikum als zentraler Bestandteil der Gesundheitsversorgung in der ganzen Region mit mehreren hunderttausend Leuten, die davon abhängig seien, weiterentwickelt werde. Die Grundmerkmale, wie die Personalausstattung, die Geräte und die medizinische Versorgungsqualität des Klinikums, seien exzellent und dies sei eine wichtige Botschaft, die man nach außen senden müsse, betont Stadtrat Schäuble.

Die Gesundheit habe oberste Priorität, betont Stadtrat Dr. Spaeth und das Klinikum sei einer von vielen Bausteinen, die dazu gehören und man nicht vergessen dürfe. Das ganze System habe ein riesiges Problem, welches sich bereits vor der Corona-Pandemie abgezeichnet habe und jetzt umso stärker hervortrete. Man könne im Rettungsdienst, im ambulanten und im stationären Bereich erkennen, dass man Personalmangel in Ingolstadt und große Unsicherheiten in der Gesetzgebung habe. Er stimmt Stadtrat Schäuble zu, dass man zum Glück noch gut aufgestellt sei, aber vor massiven Herausforderungen stehe. Das System sei sehr komplex, weswegen man sich nicht nur das Klinikum alleine, sondern die Gesamtheit, mit ihren rettungsdienstlichen und ambulanten Strukturen, aber auch den Altenheimen, ansehen müsse. Die sei auch mit eine Aufgabe der neu eingerichteten Gesundheitsregionen^{plus}, meint Stadtrat Dr. Spaeth. Die Herausforderungen, die mit dem neuen Krankenhausreformgesetz verbunden sein werden, werde man sicherlich gut meistern, findet er, jedoch werde dies nicht finanziell spurlos an der Stadt vorbeigehen. Schließlich müsse die Versorgung der Bevölkerung in Ingolstadt und der Region weiterhin sichergestellt werden.

Auch Stadtrat De Lapuente blickt hoffnungsvoll in die Zukunft und stimmt dahingehend Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll zu. Die Krankenhausfinanzierung kränkle seit 10 Jahren. Der Landkreis Eichstätt kämpfe mit seinen zwei Kliniken um einen Ausgleich, was vom Kreisrat beschlossen werde und über die Kreisumlage finanziert werde. Niemand treffe die Entscheidung, eine Klinik zu schließen, einfach so. Außerdem spiele auch noch der Wahlkampf mit rein. Er begrüßt es, dass die Stadt Ingolstadt mit dem Landkreis Eichstätt zusammen ein Gutachten erstellen wolle, wie eine Krankenhausfinanzierung aussehen könnte. Dies sei ein erster guter Schritt, um eine optimale Versorgung in Ingolstadt und der Region stattfinden zu lassen, meint er. Des Weiteren bestehe Hoffnung, dass sich was ändert, da der Gesetzgeber festgestellt habe, dass es so nicht weitergehen könne und anfangs Gesetze zu ändern. Er habe angekündigt, die Krankenhausfinanzierung zu verbessern und Fallpauschalen nicht mehr auf reine Fallpauschalen zu berechnen.

Stadtrat Stachel spricht einen Dank an die Verwaltung aus, dass dem relativ kurzfristig gestellte Antrag eine so schnelle Reaktion gefolgt sei und dieser im heutigen Ausschuss behandelt und öffentlich diskutiert werden könne. Es müsse kommuniziert werden, dass man sich im Bereich der Gesundheitsversorgung aktuell in einem Problemfeld bewege, welches die Stadt in Schieflage bringen könne. Die Gewährleistung der medizinischen Versorgung sei eine der wichtigsten Pflichtaufgaben, die von der gesamten Bevölkerungsgruppe in der Region erwartet werde. Als Politiker müsse man sich mit diesem Thema beschäftigen, die richtigen Entscheidungen treffen, mit der Zukunft auseinandersetzen, die richtigen Schlüsse ziehen, die Sachlage erkennen und die Zukunft damit gestalten. Den hohen Standard in der Region wolle man halten, bekräftigt Stadtrat Stachel. Es sei ein Thema, welches nicht nur Ingolstadt betreffe, sondern die gesamte Region und er hoffe, dass dies in die Strukturanalyse entsprechend miteinfließe. Denn bisher sei man eher davon ausgegangen, dass die Situation des Klinikums relativ gut sei und nur Kösching und Eichstätt Probleme hätten. Die Zahlen zeigten jedoch, dass der Betrieb im Ingolstädter Klinikum ebenso mit finanziellen Problemen zu kämpfen habe, auch wenn die Kosten noch für ein oder zwei Jahre mit Rücklagen gedeckt werden könnten. Stadtrat Stachel wirft die Frage auf, wie man mit dieser Situation im städtischen Haushalt umgehen wolle bzw. welche Möglichkeiten man habe. Er fände es fahrlässig, Größenordnungen in Millionenhöhe nicht in die Mittelfristplanung mit aufzunehmen. Stadtrat Stachel stimmt Stadtrat Dr. Spaeth bei dem Punkt zu, das gesamte System und nicht nur das Klinikum zu betrachten, denn zur

Gesundheitsversorgung gehöre wesentlich mehr, als nur das Krankenhaus. In den nächsten Jahren werde man an vielen Fronten kämpfen müssen, wofür Geld bereitgestellt werden müsse, um den Gesundheitsstandard der Region aufrechtzuerhalten.

Die Stadt Ingolstadt habe bereits jetzt Betriebskostenumlagen, allerdings in geringerer Höhe, bis 2026 in die Mittelfristplanung eingeplant, antwortet Herr Fleckinger an seinen Vorredner. Aber vorsorglich Mittel einzustellen, sei verfrüht. Man solle die Ergebnisse und den Jahresfortlauf erstmal abwarten und dann im nächsten Planungszyklus, ab dem Jahr 2024, das Ganze mit der Finanzplanung umsetzen. Die Defizite der Jahre 2022 und 2023 könne man mit den Rücklagen ausgleichen. Herr Fleckinger hofft, dass sich 2024 verbessere und man mit den jetzt vorhandenen Finanzmitteln auch dieses Jahr abdecken könne. Eine Engstelle im Verwaltungshaushalt gebe es dann aber bei den Jahren 2025 und 2026. Dies sei bereits in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 30.11.2022 vorgetragen worden. Das bedeute, dass der Verwaltungshaushalt aufgerüstet, Ausgaben gesenkt und Einnahmen gesteigert werden müssten. Herr Fleckinger sehe jedoch positiv in die Zukunft, schließlich habe man auch schon positive Signale mit Mehreinnahmen bekommen. Er könne jedoch nicht leugnen, dass es eng werde. Nichtsdestotrotz müsse man die Zahlen, die dann über das Beteiligungsmanagement der Kämmerei und dem Stadtrat vorgelegt werden, abwarten. Erst danach sei eine vernünftige Planung möglich.

Stadtrat Höbusch bittet, Ruhe zu bewahren. Schließlich befinde man sich hinsichtlich der Krankenhausstrukturreform am Anfang eines Diskussionsprozesses. Der Städtetag, die Krankenhausgesellschaft, die Bundesärztekammer und die Stadt Ingolstadt selbst, haben sich nun erstmal positioniert. Die Reformkommission habe bereits angekündigt, dass die Vorschläge nicht fix seien, sondern Anpassungen durchaus noch erfolgen können. Durch diese Vorschläge und die damit einhergehende Diskussion habe man die Chance, auch vor dem Hintergrund des demografischer Entwicklungen auch im Gesundheitssektor, tiefgreifende Strukturveränderungen im gesamten System vorzunehmen. Stadtrat Höbusch möchte jedoch vor einer Panikmache, die schon im Vorfeld der Landtagswahl in Bayern komme, warnen, weil das kein Thema für den Wahlkampf sei, sondern die Gesamtbevölkerung und die gesamte Krankenhauslandschaft der Bundesrepublik betreffe. Vor Mitte des Jahre 2023 werde man zu diesem Thema wahrscheinlich keine greifbaren und auch substantiell diskutierbaren Ergebnisse erhalten.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf dankt den beiden Geschäftsführern des Klinikums, Herrn Bocklet und Herrn Dr. Tiete, für ihre ausgezeichnete Arbeit. Sie hatten das Klinikum gut durch die Corona-Pandemie navigiert und nun stünden die Herausforderungen der Krankenhausstrukturreform an. Er bedankt sich auch bei der Belegschaft, die während der Corona-Pandemie einiges durchgemacht hatten. Als Zeichen der Wertschätzung für diese Berufszweige und deren ausgezeichnete Leistung in diesen Zeiten, habe Oberbürgermeister Dr. Scharpf am 02. März 2023 zu einem Pflege- und Gesundheitskräfteempfang eingeladen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.